Stand: 15.12.2025 21:54:32

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/8683

"Rechtsextremismus und Rassismus entschieden entgegentreten!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/8683 vom 27.10.2015
2. Beschluss des Plenums 17/8702 vom 28.10.2015
3. Plenarprotokoll Nr. 56 vom 28.10.2015

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 27.10.2015 **Drucksache 17/8683**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Kerstin Celina, Dr. Sepp Dürr, Markus Ganserer, Christine Kamm, Ulrich Leiner, Dr. Christian Magerl, Jürgen Mistol, Thomas Mütze, Gisela Sengl, Claudia Stamm, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Rechtsextremismus und Rassismus entschieden entgegentreten!

Der Landtag wolle beschließen:

I. Unter dem Eindruck des rechtsterroristischen Anschlags auf die Kölner Oberbürgermeister-Kandidatin Henriette Reker und der in der vergangenen Woche dank des Einsatzes der bayerischen Sicherheitsbehörden vereitelten Anschlagspläne einer rechtsextremen Gruppe aus Franken stellt sich der Landtag mit aller Entschiedenheit gegen jede Form und Androhung rechtsextrem bzw. rassistisch motivierter Gewalt.

Der Landtag spricht all jenen Personen, die sich aufgrund ihrer ethnischen Herkunft, ihres Geschlechts, ihrer Religion oder Weltanschauung, aufgrund ihrer sexuellen Identität oder ihres politischen bzw. humanitären Engagements von rechtsextremer bzw. rassistischer Gewalt bedroht fühlen, seine volle Solidarität aus und verspricht, sich uneingeschränkt für ihre Sicherheit einzusetzen. Die Bekämpfung des wachsenden Rechtsextremismus muss jetzt bei Politik und Sicherheitsbehörden oberste Priorität haben.

Darüber hinaus verurteilt der Landtag die rechtsextreme und rassistische Stimmungsmache, die derzeit auf widerlichste Weise nicht nur die sozialen Medien, sondern beispielsweise in Form der allwöchentlichen PEGIDA-Demonstrationen auch das Straßenbild bayerischer Städte prägt, aufs Schärfste. Denn unsere Demokratie ist nicht erst dann bedroht, wenn Gewalttaten von Neonazis öffentliches Aufsehen erregen. Die derzeit verstärkt zu beobachtende islam- und flüchtlingsfeindliche Hetze gefährdet das demokratische Klima und bildet den Nährboden für entsprechende Gewalttaten.

Rechtsextreme, rassistische und antisemitische Einstellungen stellen kurz- und langfristig nicht nur eine Gefahr für einzelne explizit bedrohte Personengruppen dar – sondern für unsere Demokratie als Ganzes.

II. Die Staatsregierung wird deshalb aufgefordert:

1. Im Bereich der Sicherheitspolitik
   - die Bekämpfung des wachsenden Rechtsextremismus zur obersten Priorität der bayerischen Sicherheitsbehörden zu machen;
   - im Rahmen einer Aufgabenkritik die Ressourcen der Polizei dementsprechend neu zu verteilen;
   - den Ermittlungs- und Fahndungsdruck auf die rechte Szene weiter zu erhöhen, um damit die bereits begangenen Taten schneller aufzuklären und potenzielle Nachahmer abzuschrecken;
   - alle ihr möglichen Maßnahmen zu ergreifen, um ein Verbot der neonazistischen Gruppierungen „Die Rechte“ und „Der III. Weg“ zu initiieren;
   - die rechtsextreme und rassistische PEGIDA-Bewegung in Bayern vom Landesamt für Verfassungsschutz beobachten zu lassen;
   - landesweite Notfallpläne zum Schutz von bedrohten Einrichtungen, insbesondere von Flüchtlingsunterkünften, zu erarbeiten;
   - bei der Vergabe von Aufträgen an private Sicherheitsdienste in Flüchtlingsunterkünften klare Vorgaben zur Qualifizierung des Personals und zur Einhaltung von umfangreichen Qualitätsstandards zu erstellen.
2. In den anderen Politikfeldern
   - die Präventions- und Bildungsmaßnahmen zur Bekämpfung von Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und allen weiteren Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit deutlich zu intensivieren;
   - das bayerische Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus – unter Einbeziehung von Wissenschaft und Zivilgesellschaft – zu evaluieren und weiterzuentwickeln;

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

- insbesondere die Angebote zur schulischen und außerschulischen Demokratiebildung zu stärken;
- ein Förder- und Aktionsprogramm zur Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen aufzulegen, die sich gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus oder andere Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit engagieren;
- eine eigenständige Opferberatung für Opfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt und Diskriminierung einzurichten.

Begründung:

Laut Pressemeldungen warnt das Bundeskriminalamt in einer vertraulichen Lagebewertung davor, dass Flüchtlinge – und auch deren Unterstützer – künftig noch stärker ins „Zielspektrum entsprechend fremdenfeindlich motivierter Täterkreise“ geraten könnten. Es sei davon auszugehen, dass die rechte Szene ihre „Agitation“ gegen die Asylpolitik weiter verschärfe, zitiert u.a. die Süddeutsche Zeitung aus der BKA-Einschätzung. Dabei hat die Zahl der Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte, laut Analyse des BKA, in den ersten drei Quartalen ohnehin bereits einen erschreckenden Höchststand erreicht. So registrierte die Behörde in den ersten neun Monaten des Jahres mit 461 Taten mehr als doppelt so viele Delikte wie im gesamten Vorjahr.

Der Trend einer zunehmend gewalttätigen rechten Szene lässt sich auch in Bayern beobachten. Der Antwort des Innenministeriums auf eine Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Katharina Schulze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zufolge wurden allein im ersten Halbjahr 2015 60 Menschen in Bayern durch Rechtsextreme angegriffen und verletzt. Im gesamten Vorjahr hatte es 86 Verletzte gegeben. Laut Innenministerium gab es im ersten Halbjahr zudem bereits 18 Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte – wobei die Brandanschläge des Sommers noch nicht mitgezählt sind. 2014 hatte es insgesamt 25 derartige Fälle gegeben. Innenminister Joachim Herrmann warnte im Berliner Tagesspiegel: „Die Gefahr von rechtsextremistischen Anschlägen wächst.“

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung, die sich in den vergangenen Wochen – durch den Anschlag von Köln sowie die vereitelten Anschlagspläne in Bamberg – weiter zugespitzt hat, sprach der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Dr. Josef Schuster, am Wochenende folgende Mahnung aus: „Den Rechtsextremisten darf es nicht gelingen, die Menschen so sehr einzuschüchtern, dass bürgerschaftliches Engagement dadurch zum Erliegen kommt.“ Er forderte deshalb einen stärkeren sicherheitspolitischen Fokus auf die Gefahr von Rechts: „Die Bekämpfung des wachsenden Rechtsextremismus muss jetzt bei Politik und Sicherheitsbehörden oberste Priorität haben.“

Diese Forderung greift der vorliegende Antrag auf. Trotz des großen Danks, den sich die Sicherheitsbehörden für die Vereitelung eines möglichen Anschlags in Bamberg verdient haben, erfordert nicht zuletzt die weiterhin sehr niedrige Aufklärungsquote bei Angriffen auf Flüchtlingsunterkünfte eine Aufgabenkritik bei der Polizei sowie eine entsprechende Umschichtung der Ressourcen. Nur so kann der Druck auf die rechte Szene bzw. auf rechte Straf- / Gewalttäter – und damit der Abschreckungseffekt für potenzielle Nachahmer – erhöht werden.

Insbesondere die neonazistischen Gruppierungen „Die Rechte“ und „Der III. Weg“, die das Thema Asyl für ihre menschenverachtenden Aktivitäten missbrauchen, müssen von den Sicherheitsbehörden noch stärker in den Blick genommen werden. Schließlich spielen sie vielerorts bei der Hetze und den Drohungen gegenüber Flüchtlingen und Andersdenkenden eine zentrale Rolle. Laut Angaben des Innenministeriums waren das mittlerweile verbotene Neonazi-Kameradschaftsnetzwerk „Freies Netz Süd“ (FNS) sowie dessen Nachfolgeorganisation „Der III. Weg“ im Jahr 2014 an jeder zweiten rassistischen Kampagne gegen Flüchtlinge aktiv beteiligt. Und wie groß die Gefahr ist, die von der Gruppierung „Die Rechte“ ausgeht, zeigen nicht zuletzt die Anschlagspläne führender Mitglieder, die in der vergangenen Woche durch die Durchsuchungsaktion in Ober- und Mittelfranken ans Licht kamen.

Gemeinsam mit diesen beiden Gruppierungen spielen die bayerischen Pegida-Ableger bei der rassistischen Stimmungsmache eine ganz entscheidende Rolle. In München haben deshalb auf Initiative des Vereins „München ist bunt!“ viele Organisationen und Vereine der Zivilgesellschaft, allen voran Religionsgemeinschaften, Parteien, Gewerkschaften, Vereine und Kunst- und Kulturschaffende eine Stellungnahme verfasst, deren Appell der vorliegende Antrag unterstützt: „Die Münchner Pegida-Gruppe besitzt in ihrem Auftreten, in ihren Äußerungen und in ihrer personellen Zusammensetzung einen klar rechtsradikalen Charakter. Elemente rechtsradikaler Ideologie, wie Rassismus, Chauvinismus und völkischer Nationalismus, sind durch Reden sowie mitgeführte Spruchbänder und -schilder belegbar. Dies klar zu benennen ist die Voraussetzung für eine erfolgreiche Auseinandersetzung mit Pegida. Hierbei ist nicht nur die Münchner Zivilgesellschaft gefordert, sondern auch die Politik und alle staatlichen Akteure. Wir haben uns daher zu dieser gemeinsamen Stellungnahme entschlossen und appellieren an Politik und staatliche Akteure, die hier vorhandene Gefahr ernst zu nehmen.“

Die Reaktion auf die aktuelle Gefahrenlage darf sich jedoch nicht auf sicherheitspolitische Maßnahmen beschränken. So wichtig es ist, durch Repression der menschenverachtenden Gewalt und Hetze entgegen zu treten, so unerlässlich ist es, sich langfristig und in

allen Politikfeldern mit den Themen Rassismus, Antisemitismus und allen weiteren Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit auseinanderzusetzen. Nur durch ein breites Angebot an entsprechenden Präventions- und Bildungsangeboten sowie durch die Stärkung und Einbeziehung der Zivilgesellschaft wird es uns gelingen, langfristig bis zum Kern des Problems vorzudringen. Auch diese Einschätzung teilt dieser Antrag mit Dr. Josef Schuster, der seinen Appell an die Sicherheitspolitik um die Forderung nach mehr Investitionen im Bildungsbereich ergänzte, um Werte wie Toleranz und Respekt besser in der Gesellschaft zu verankern.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 28.10.2015 **Drucksache** 17/**8702**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Kerstin Celina, Dr. Sepp Dürr, Markus Ganserer, Christine Kamm, Ulrich Leiner, Dr. Christian Magerl, Jürgen Mistol, Thomas Mütze, Gisela Sengl, Claudia Stamm, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/**8683**

Rechtsextremismus und Rassismus entschieden entgegentreten!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet
Abg. Katharina Schulze
Abg. Dr. Hans Reichhart
Präsidentin Barbara Stamm
Abg. Dr. Christoph Rabenstein
Abg. Eva Gottstein
Abg. Josef Zellmeier
Staatsminister Joachim Herrmann
Abg. Karl Freller

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Rechtsextremismus und Rassismus entschieden entgegentreten! (Drs. 17/8683)

Ich eröffne die Aussprache. Erste Rednerin ist Frau Kollegin Schulze von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. – Bitte schön, Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Katharina Schulze (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Lage ist ernst. Täglich brennen Flüchtlingsunterkünfte, wöchentlich marschieren Rassisten und Neonazis auf Bayerns Straßen. In Köln wird die Politikerin Henriette Reker niedergestochen, und auch in Bayern nimmt die Zahl der Verletzten durch rechte Gewalt massiv zu. Ohne Zweifel erleben wir in Deutschland und Bayern ein Erstarken rechter Gewalt und von Rechtsterrorismus.

Mit unserem heutigen Dringlichkeitsantrag wollen wir GRÜNE aus dem Bayerischen Landtag heraus ein deutliches Signal an alle Hetzer, Rassisten und Neonazis aussenden: Ihr seid in Bayern nicht willkommen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir als Bayerischer Landtag stellen uns gemeinsam mit aller Entschiedenheit gegen jede Form und Androhung rechtsextremer und rassistischer Gewalt. Wir als Bayerischer Landtag sprechen allen Personen, die sich von rechtsextremer oder rassistischer Gewalt bedroht fühlen oder davon bedroht sind, unsere vollste Solidarität aus. Wir verurteilen die rechtsextreme und rassistische Stimmungsmache auf das Schärfste, sei es in den sozialen Netzwerken und Medien oder auf der Straße wie bei den wöchentlichen Pegida-Demonstrationen. Die derzeit verstärkt zu beobachtende islam- und flüchtlingsfeindliche Hetze gefährdet das demokratische Klima und bildet den Nährboden für entsprechende Gewalttaten. Für uns ist klar: Rechtsextreme, rassistische und antisemitische Einstellungen stellen kurz- und langfristig nicht nur eine Ge-

fahr für die einzelnen explizit bedrohten Personengruppen dar, sondern auch für unsere Demokratie als Ganzes.

Wir GRÜNE positionieren uns nicht nur schon seit Jahren klar und konsequent gegen jegliche Form von Rassismus und Rechtsextremismus, sondern wir stellen auch regelmäßig Forderungen auf, wie wir unsere Demokratie schützen können. Dazu gehört zum einen, dass die bayerischen Sicherheitsbehörden die Bekämpfung des Rechtsextremismus‘ zu ihrer obersten Priorität machen müssen.Dazu gehört eine rasche Prüfung, ob die Neonazi-Organisationen DIE RECHTE und Der III. Weg verboten werden können.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Außerdem brauchen wir natürlich auch dringend einen höheren Ermittlungs- und Fahndungsdruck auf die rechte Szene, damit potenzielle Gewalttäter und ihre Nachahmer abgeschreckt werden.

Neben all diesen sicherheitspolitischen Forderungen, die Sie in unserem Antrag finden, setzen wir auch in anderen Politikbereichen Akzente. Beispielsweise müssen endlich und schnell Bildungs- und Präventionsangebote ausgebaut werden, damit den rassistischen Einstellungen und Gewalttaten langfristig der Nährboden entzogen wird. Wir brauchen endlich eine Überarbeitung des Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus hier in Bayern, und zwar mit der Zivilgesellschaft und mit der Wissenschaft. Das ist mehr als nötig.

(Beifall bei den GRÜNEN – Ministerpräsident Horst Seehofer: Was ist mit der NPD?)

Und wir brauchen natürlich auch eine Förderung für die vielen zivilgesellschaftlichen Organisationen, die tagein, tagaus, und das schon jahrelang, für ein tolerantes und ein buntes Bayern kämpfen. Ich möchte an dieser Stelle an all die Kämpferinnen und

Kämpfer für Demokratie und Toleranz ein herzliches Dankeschön senden; denn ohne sie sähe es hier manchmal wirklich düsterer aus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich kann mich den Worten des Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland Dr. Josef Schuster vollumfänglich anschließen:

> … den Rechtsextremisten darf es nicht gelingen, die Menschen so sehr einzuschüchtern, dass bürgerschaftliches Engagement dadurch zum Erliegen kommt.

Er betont:

> Die Bekämpfung des wachsenden Rechtsextremismus muss jetzt bei Politik und Sicherheitsbehörden oberste Priorität haben.

Und er sagt auch: Wir brauchen mehr Investitionen im Bildungsbereich, damit Werte wie Toleranz und Respekt besser in der Gesellschaft verankert werden. - Genau diese Forderung haben wir auch in unserem Dringlichkeitsantrag aufgeführt. Ich weiß von den Kolleginnen und Kollegen der CSU – wir führen die Debatten regelmäßig in den verschiedenen Ausschüssen -, dass es gerade zum Forderungskatalog, wie man rechte Gewalt in Bayern besser bekämpfen kann, unterschiedliche Meinungen gibt. Wir GRÜNE empfinden die aktuelle Situation als viel zu ernst, um da wieder ein ideologisch geprägtes Geplänkel führen zu wollen.

Deswegen werden wir über diesen Dringlichkeitsantrag in zwei Teilen abstimmen lassen – erst mal über den Abschnitt I, den Entschließungsteil. Hier legen wir als Bayerischer Landtag ein klares Bekenntnis zur Solidarität mit den Betroffenen und gegen Rechtsextremismus und Rassismus ab. Dann wollen wir über den Teil II extra abstimmen lassen. Ich bitte Sie also, dass wir heute gemeinsam aus dem Bayerischen Landtag ein Zeichen senden und dem Rechtsextremismus und dem Rassismus entschieden entgegentreten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. - Als Nächster hat Kollege Dr. Reichhart von der CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Hans Reichhart (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Angriff auf die Kölner Oberbürgermeister-Kandidatin Henriette Reker hat uns alle hier schockiert. Jeder von uns hat kurz geschluckt, innegehalten und wahrscheinlich auch einmal tief durchgeschnauft; denn wir alle können uns die Situation vorstellen. Wir wissen, wie es ist, wenn man am Info-Stand steht, wenn man mit Bürgerinnen und Bürgern diskutiert und sich voll auf sein Gegenüber einlässt. Viele von uns können sich vorstellen, dass so etwas einem selbst auch passieren könnte. Umso mehr hat mich die Stellungnahme des Teams der Oberbürgermeister-Kandidatin auf ihrer Homepage beeindruckt. Dort heißt es:

> Das Team von Henriette Reker möchte sich zunächst sehr für die große Anteilnahme bedanken, die der Angriff ausgelöst hat … Der Angriff zeigt erschreckend, wohin Fremdenangst und Fremdenfeindlichkeit führen können … Auch vor diesem Hintergrund freuen wir uns über das große Vertrauen der Wählerinnen und Wähler für Henriette Reker.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Stellungnahme trifft voll zu. Es hat sich um einen Angriff auf die Demokratie gehandelt, auf alle, die in ihrer Freizeit für die Allgemeinheit eintreten, auf alle, die ihre Kraft und ihre Ideen für das Gemeinwohl einsetzen. Deshalb hat sich auch jeder, glaube ich, am Wahlabend gefreut und Genugtuung darüber empfunden, dass diejenige gewonnen hat, der wir es gewünscht haben, dass am Ende nicht, wie es der Bundespräsident ausgedrückt hat, das "Dunkeldeutschland", sondern ein anderes Deutschland gesiegt hat, dass eine Kandidatin, die für Liberalität und Integration geworben hat, überlebt hat und dass die Freiheit die Angst besiegt hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, genauso erleichtert waren wir, als wir von unserem bayerischen Innenminister erfahren durften, dass in Bamberg ein rechtsextremer Anschlag verhindert wurde. Dabei ist doch bemerkenswert: Der Anschlag in Bamberg wurde von den gleichen Sicherheitsbehörden verhindert, denen in der Vergangenheit von Mitgliedern dieses Hauses immer wieder vorgeworfen wurde, sie wären auf einem Auge blind - von den gleichen Mitgliedern dieses Hauses, von denen wir uns gebetsmühlenartig seit Jahren immer wieder anhören dürfen, dass es ein gutes und ein schlechtes Engagement gegen politischen Extremismus gibt, und die immer wieder versuchen, den Staat und die Zivilgemeinschaft zu trennen.

Lassen Sie uns doch ehrlich sein: Der Freistaat Bayern geht mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen rechtsextremistische Gewalt vor. Er geht mit allen Mitteln gegen die Bamberger Zelle vor. Der Freistaat Bayern schaut nicht zu; er ist nicht auf einem Auge blind; er steht ganz und mit der vollen Härte des Gesetzes gegen den politischen Extremismus. Er zeigt die eindeutige, klare und unverrückbare Linie auf, dass wir bei uns in Bayern Fremdenfeindlichkeit und Terrorismus nie dulden werden.

Aber es gehört auch zur Ehrlichkeit, die Sorgen der Menschen ernst zu nehmen. Wir dürfen erst gar nicht den Versuch unternehmen, diejenigen, die sich auf dem Boden des Grundgesetzes kritisch äußern, gleich als Rechtsextremisten darzustellen, und wir dürfen nicht mündige Bürger zu bevormunden versuchen; denn so, liebe Kolleginnen und Kollegen, handeln die, die die Wähler in die Arme der AfD treiben wollen. So handeln die, die Pegida weiteren Zulauf bescheren wollen. Das wollen wir nicht, und deswegen muss auch bei uns gelten: Wer seine Meinung auf dem Boden des Grundgesetzes sagen will, darf dies tun, muss seine Meinung sagen können, und dafür, glaube ich, stehen wir als Bayerischer Landtag.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, als ich den Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN gelesen habe, habe ich gedacht: Okay, dass sich der Bayerische Landtag gegen extremis-

tisches Gedankengut ausspricht, ist doch keine Frage. Wir sind hier alle Demokraten; uns allen liegt Fremdenfeindlichkeit komplett fern. Wir alle stehen gegen Rassismus und politisch motivierte Gewalt. Wir alle lehnen Pegida und ihre Ableger ab, und wir verurteilen Terrorismus auf das Schärfste.

Aber wenn man den Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN weiter liest, kommt man doch ein bisschen ins Grübeln. Warum steht hier eigentlich nichts von religiös motivierter Gewalt, wie wir sie in manchen Flüchtlingsunterkünften erleben? Warum steht hier nichts von ethnisch motivierter Gewalt, wie sie verschiedene Volksgruppen ausüben? Warum steht hier nichts von einem Unterricht in Demokratie, den wir gerade jetzt brauchen, wo Hunderttausende zu uns kommen? Warum wird wieder versucht, Staat und Zivilgesellschaft gegeneinander auszuspielen? Und warum hat man einfach kein Vertrauen in unseren Rechtsstaat, obwohl doch das Beispiel Bamberg gerade gezeigt hat, dass es funktioniert und dass unser Staat alles Menschenmögliche unternimmt, um alle Menschen gleichermaßen zu schützen? Und warum wird immer wieder suggeriert, dass unsere Polizei nichts gegen Rechtsextreme tut?

(Thomas Gehring (GRÜNE): Stimmt doch gar nicht! Steht doch gar nicht drin!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn es Ihnen nicht passt, wie wir als Freistaat Bayern gegen den Extremismus vorgehen, dann leben Sie in einer anderen Welt. Dass die Justiz in Bayern gerade auf dem rechten und dem linken Auge nicht blind ist, dass wir eben keinen Unterschied zwischen rechten, linken oder terroristischen Bombenlegern machen, dass bei uns eine Null-Toleranz-Politik gegenüber jeglichem Extremismus herrscht, ist klar deutlich. Dadurch unterscheiden wir uns von vielen anderen Bundesländern, beispielsweise Hamburg. Wir zeigen: Bei uns hat Extremismus in der gesamten Bandbreite von rechts über islamistisch bis links keinen Platz, und dafür stehen und kämpfen wir hier gemeinsam.

Aber dass die Gefahr rechtsextremistischer Anschläge besteht und vielleicht auch wächst, ist unbestreitbar. Aber ebenso unbestreitbar ist, dass bei uns in Bayern Recht

und Ordnung in der aktuellen Situation schon jetzt das bestimmende Hauptthema sind. Wir schaffen – dafür bin ich dem Innenminister und dem Ministerpräsidenten sehr dankbar – 580 neue Stellen bei der Polizei. Extremismus wird in der Justiz mit allem Nachdruck verfolgt. Wir überwachen rechtsextreme Straftäter mit vollem Einsatz und sehr, sehr engmaschig.

Der Freistaat Bayern hat dem NPD-Verbotsverfahren zu Schwung verholfen – anders als der Deutsche Bundestag, der sich nicht anschließen wollte.Der bayerische Verfassungsschutz achtet auf Pegida, achtet auf alle Bewegungen. Wir haben auch im präventiven Bereich mit dem Projekt "Schule ohne Rassismus" einiges geschaffen. Wir schaffen 16 Regionalbeauftragte für die Präventionsarbeit in Schulen. Dort muss die Präventionsarbeit anfangen. Dort müssen wir wirklich etwas tun. Wir haben auch mit der Bayerischen Informationsstelle gegen Extremismus – BIGE – ein Instrument, das oft verteufelt wird, aber wirklich etwas bringt. Bei uns wird noch vieles mehr getan und geleistet.

Wenn man sich das alles anhört, muss doch eines klar sein: Der Kampf gegen Rechtsextremismus wird in Bayern umfassend und auf allen Ebenen kontinuierlich geführt. Wir alle hier stehen zu diesem Kampf gegen Extremismus, uneingeschränkt und ohne ideologische Scheuklappen.

Der Antrag der GRÜNEN hilft hier nicht weiter. Man versucht einmal mehr, die Demokraten zu entzweien, demokratische Parteien voneinander zu entfernen. Deswegen werden wir nachher den zweiten Teil entschieden ablehnen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der GRÜNEN, Ihr Antrag ist pure Heuchelei. Sie haben in Ihrem Wahlprogramm zur Landtagswahl 2013 gefordert, den Verfassungsschutz abzuschaffen. Nun wollen Sie, dass gerade der Verfassungsschutz die rechtsextremen Parteien überwacht. Jetzt ist er Ihnen wieder recht und gut. Bekennen Sie doch endlich einmal, dass unsere Polizei hervorragende Arbeit macht, dass wir einen guten Verfassungsschutz haben! Dann können wir weiterreden. Bekennen Sie das,

dann machen wir das alles. Wir sind stolz darauf, was unsere Beamten leisten. Deswegen werden wir Ihren Antrag ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin Schulze bitte, Zwischenbemerkung.

Katharina Schulze (GRÜNE): Herr Kollege Reichhart, ich war schon am Anfang Ihres Redebeitrags ganz erstaunt. Ich dachte mir: Gut, da kann ich mitgehen, das sehe ich auch so. Beim zweiten Teil muss ich aber wieder feststellen, dass Sie, ehrlich gesagt, eine Themaverfehlung hingelegt haben.

Dr. Hans Reichhart (CSU): Nein!

Katharina Schulze (GRÜNE): Ich hatte eigens erwähnt, dass wir über die zwei Teile des Dringlichkeitsantrags getrennt abstimmen lassen wollen. Ich weiß nämlich, dass zum zweiten Teil, zu den Forderungen, unterschiedliche Ansichten herrschen. Wir tragen diese Debatten ja immer mehrfach aus.

Ich habe Ihren Redebeitrag anfangs so verstanden – da sind wir uns doch einig –, dass die rechte Gewalt in Bayern im Moment massiv ansteigt. Der Teil unter "I" ist ein klares Bekenntnis, das – wie ich finde – alle Fraktionen im Bayerischen Landtag aussenden sollten, dass wir uns Rassismus und Rechtsextremismus entschieden entgegenstellen. Das ist im Moment das Thema. Im Moment steigen in diesem Bereich die Zahlen. Als Bayerischer Landtag sollten wir deswegen ein Zeichen setzen.

Wenn Sie schon den zweiten Teil des Antrags ablehnen, wie verfahren Sie dann mit Teil eins, mit der Solidaritätsbekundung und dem Abgrenzen von rechter Gewalt und Rassismus?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dr. Hans Reichhart (CSU): Frau Kollegin Schulze, wir verurteilen und lehnen Rechtsextremismus, Faschismus, aber auch Linksextremismus und Terrorismus in jeder

Form entschieden ab. Wir werden dem ersten Teil Ihres Antrags dann zustimmen, wenn Sie die Beschränkung auf den Rechtsextremismus herausnehmen und Extremismus insgesamt verurteilen.

(Beifall bei der CSU – Ingrid Heckner (CSU): Bravo!)

Das ist die Wahrheit: Wir haben nicht nur eine Zunahme beim Rechtsextremismus, sondern auch beim Linksextremismus. Lassen Sie uns alles verurteilen. Zeigen auch Sie dem linken Spektrum, dass es in Bayern nicht willkommen ist. Lassen Sie uns diesen Weg gemeinsam gehen. Dann kommen wir weiter. Ich würde mich freuen, wenn Sie diesen Schritt mitgehen und zeigen würden: Wir haben auch etwas gegen die Linksextremisten. – Von den GRÜNEN haben wir das in letzter Zeit nicht so deutlich gehört.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Dr. Rabenstein. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Christoph Rabenstein (SPD): Frau Präsidentin, Hohes Haus! Ich finde es gut, dass wir hier und heute nicht nur über die Flüchtlinge sprechen, auch kontrovers diskutieren, sondern dass wir im Hohen Hause auch etwas zum Rechtsextremismus und zum Rassismus sagen. Deswegen sage ich erst einmal herzlichen Dank an die GRÜNEN dafür, dass sie diesen Antrag eingebracht haben; denn ich sehe hier einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen diesen beiden Themen, also auf der einen Seite den Flüchtlingen und der mit Ihnen verbundenen Problematik, die wir haben, und auf der anderen Seite dem Rechtsextremismus und Rassismus.

In den letzten Tagen und Wochen haben wir gesehen, vor allem bei Pegida: Sie richten sich gegen die Flüchtlinge und sind in ihren Äußerungen und Reden ausländerfeindlich und damit rassistisch.

(Beifall bei der SPD)

Sie nennen sich Patrioten, aber das hat mit Patriotismus überhaupt nichts mehr zu tun; denn nicht jeder, der seine Heimat liebt oder sich als Patriot bezeichnet, ist automatisch ein Rassist; das stimmt absolut nicht. Wer aber seine Nation, seine Rasse, seine Religion über alles andere stellt, ist ein Rassist. Das lehnen wir ab.

(Beifall bei der SPD)

Wenn bei diesen Pegida-Demonstrationen Galgen gezeigt werden, an denen Frau Merkel und Herr Gabriel hängen, dann fühlen wir uns an das Dritte Reich erinnert. Jede Diskussion mit diesen Leuten – das möchte ich ausdrücklich sagen – ist gefährlich, und da hört bei mir die Debatte auf. "Rassismus", so hat auf einem Schild der Gegendemonstranten gestanden, "ist keine Meinung, Rassismus ist ein Verbrechen". Das möchte ich auch ganz deutlich sagen.

(Beifall bei der SPD)

Mit diesen Dumpfbacken wollen wir absolut nichts zu tun haben. Ich sage das auch als Sozialdemokrat. Wir sind in der SPD sehr sensibel, wenn es um das Thema Rechtsextremismus und Rassismus geht. Ich sage das auch als einer, der im Hauptberuf Geschichte studiert hat. Wir sind gegen Rassismus, weil viele Sozialdemokraten im Dritten Reich in den Konzentrationslagern waren und ermordet wurden, nur weil sie eine andere Meinung hatten. Mit ihnen wurden Millionen von Juden und Angehörige von Randgruppen wie Bibelforscher, Homosexuelle oder Behinderte Opfer, derer wir heute noch gedenken. Deswegen sind wir als gebrannte Kinder, wenn ich das einmal so sagen darf, gegen Rassismus und gegen Rechtsextremismus.

Wir waren schon immer so eingestellt und haben das auch hier im Bayerischen Landtag immer deutlich gemacht. Wir haben in den letzten Jahren und Jahrzehnten zu diesen Themen zahlreiche Initiativen ergriffen und Anträge eingebracht. Ich möchte nur einige Beispiele nennen: zusammen mit den GRÜNEN in diesem Jahr einen Antrag über die Weiterentwicklung des bayerischen Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus. Der Antrag war richtig, er wurde leider abgelehnt.

Wir haben einen Antrag im Zusammenhang mit rechtsextremen Angriffen gegen engagierte Bürger eingebracht. Leider wurde auch er abgelehnt.

Im Jahr 2011 haben wir einen Antrag für ein gemeinsames Vorgehen gegen Rechtsextremismus formuliert. Leider wurde er ebenfalls abgelehnt.

Bei der Vorbereitung auf diesen Beitrag habe ich einen schönen Antrag der SPD aus dem Jahr 2005 gefunden mit dem Titel "Für Toleranz und Zivilcourage – Wehret den Anfängen – Keine Toleranz für Extremismus, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit!" Das war vor zehn Jahren. Wenn ich unseren damaligen Antrag und den Antrag der GRÜNEN von heute nebeneinanderlege, dann erkenne ich darin die gleiche Argumentation, die wir damals schon hatten und die wir auch heute noch haben. Leider wurde auch der Antrag im Jahr 2005 abgelehnt.

Jetzt komme ich zur CSU. Es gab aber auch – und das möchte ich betonen – zahlreiche Initiativen, die wir im Hohen Haus gemeinsam unterstützt haben, zum Beispiel einen Antrag im Jahr 2008. Das war eine Entschließung "Gemeinsam gegen Rechtsextremismus". Sie wurde damals von allen fünf Parteien im Landtag einstimmig angenommen. Das war gut so.

Ich erinnere noch an eine Initiative der SPD, die federführend von mir ausging: Verbotsantrag der NPD. Wir haben gemeinsam einen Antrag formuliert, dem alle Parteien zustimmen konnten. Das war gut so; denn ohne diesen Antrag wären wir heute beim Verbot der NPD noch nicht so weit. Das war richtig, dass wir damals die Initiative ergriffen haben.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte auch an Initiativen erinnern, die von der CSU unterstützt worden sind, bei denen es um die KZ-Gedenkstätten geht.Ich meine damit vor allem die KZ-Gedenkstätten in Flossenbürg und in Dachau. Es war nicht immer eine Selbstverständlichkeit, dass wir diese Gedenkstätten auf den Weg bringen sollten. Jeder, der sich schon ein-

mal in diesen KZ-Gedenkstätten aufgehalten hat und die Arbeit sieht, die dort vor Ort geleistet wird, wird sagen: Das ist präventive Arbeit gegen Rechtsextremismus und Rassismus. Das ist gut und richtig so.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Karl Freller (CSU))

Ich möchte deshalb dem Direktor der Stiftung Bayerische Gedenkstätten Karl Freller recht herzlich danken, der zusammen mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vor Ort eine vorbildliche Arbeit leistet. Er bringt diese Arbeit über alle Parteigrenzen hinweg voran. Das ist eine wichtige Arbeit gegen Rassismus und Rechtsextremismus. Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, diese Arbeit müssen wir weiterführen.

Wir haben im Maximilianeum politische Gegensätze. Bei demokratischen Parteien ist es normal, dass die Opposition bei vielen Problemen andere Lösungsansätze hat. Mein Appell: Die Parteien sollten heute trotzdem ein gemeinsames Zeichen gegen Rechtsextremismus und Rassismus setzen. Sie sollten deutlich sagen: Wir Demokraten in den Parlamenten sind gegen Fremdenfeindlichkeit und halten zusammen, wenn es um rechte Gewalt geht.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Im Bayerischen Landtag konnte zu Zeiten der Weimarer Republik keine gemeinsame Linie der Konservativen und der Sozialdemokraten hergestellt werden. Die Konservativen im Reich waren damals das ZENTRUM und in Bayern die Bayerische Volkspartei. Wenn wir in den Jahren von 1919 bis 1933 gemeinsam gegen die Nationalsozialisten vorgegangen wären, hätten wir einiges verhindern können. Ich möchte aber nicht einseitig den Konservativen die Schuld daran geben. Auch die SPD hat damals Fehler gemacht. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, deswegen müssen wir gemeinsam eine Linie gegen den Rassismus finden.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte hierzu noch ein Wort an Herrn Dr. Reichhart richten: So herrlich, wie Sie es dargestellt haben, ist die Lage nicht. Wir haben das bei der NSU-Affäre gesehen. Da haben wir in Deutschland versagt. Aber auch wir in Bayern haben kein gutes Bild abgegeben. Wir sehen doch, was da alles schiefgelaufen ist. Das haben wir in den Untersuchungsausschüssen gesehen, und wir sehen es jetzt bei den NSU-Prozessen. Wenn alles so gut gelaufen wäre, wäre der NSU nicht so gut zum Zug gekommen.

Sie haben Bamberg als Vorbild hingestellt. Natürlich bin ich froh, dass wir in Bamberg rechtzeitig handeln konnten. Ich höre jedoch schon wieder, es wäre ein Einzelfall, und unter den Rechten gäbe es keine Vernetzung. Hier müssen wir vorsichtig sein; denn genau das wurde schon gesagt, als es um den NSU oder das Oktoberfest-Attentat ging. Hier wurde immer nur die Einzeltäter-Theorie vertreten. - Nein. Wir wissen, dass die Rechten heute besser als jemals zuvor vernetzt sind. Sie tun alles gemeinsam. Deshalb müssen wir diese gemeinsamen Aktionen bekämpfen. Wir dürfen nicht von vornherein sagen: Das waren ein paar Einzeltäter, ein paar Spinner. Damit würden wir es uns zu leicht machen. Das möchte ich deutlich sagen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir haben in der heutigen Situation einen gewaltigen Unterschied zur Situation in der Weimarer Republik: Weite Teile der Bevölkerung sind gegen Rassismus und gegen Rechtsextremismus eingestellt. Wenn in Wunsiedel und in anderen Orten 100 rechte Dumpfbacken auflaufen, kommen immer zehnmal so viele Leute, Tausende von Leuten, die dagegen demonstrieren. Diese Menschen kommen aus allen Parteien. Neben dem CSU-Bürgermeister laufen Abgeordnete aus allen Parteien zusammen mit Mitgliedern der Kirchen und Vertretern der Schulen und der Gewerkschaften. Das freut mich, und das ist auch gut so. Ich sage allen, die dort ehrenamtlich tätig sind, und der Zivilgesellschaft, die sich bei diesen Demonstrationen gegen die Rechten wendet: Herzlichen Dank dafür! Das ist gelebtes bürgerliches Engagement.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Zum Schluss möchte ich noch ein Wort an diejenigen richten, die sich an solchen Demonstrationen beteiligen, ob harmlos oder extrem, an die Konservativ-Rechtsgerichteten. Viele dieser Leute schüren unter dem Deckmäntelchen der Meinungsfreiheit Ängste und betreiben Hetze gegen Menschen. Es ist sehr schwer, etwas dagegen zu tun. Wir haben das hohe Recht der Demonstrationsfreiheit und der Meinungsfreiheit. Dieses Recht wird von den Gerichten weit ausgelegt. Wir können häufig nichts dagegen tun.

Ich möchte diesen Leuten jedoch eines sagen: Ihr könnt gegen den Islamismus wettern. Ihr könnt gegen den Krieg und die Kriegsursachen wettern. Ihr könnt gegen Gewalt sein. Ihr könnt auch gegen Terror sein, wie auch immer ihr das formuliert. Aber eines könnt ihr nicht: Ihr könnt nicht gegen die sein, die vor dem Terror fliehen wollen und müssen. Das werden wir ablehnen, ich hoffe, alle Parteien in diesem Haus. Deshalb bitte ich Sie eindringlich, diesem Dringlichkeitsantrag zuzustimmen, vor allem dem ersten Teil dieses Antrags.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Gottstein. Bitte schön, Frau Kollegin.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Fakten, die diesem Antrag zugrunde liegen, sind unumstritten. In der "Süddeutschen Zeitung" ist zu lesen: BKA warnt in vertraulicher Lagebewertung vor verschärfter Agitation der rechten Szene gegen Asylpolitik. Insgesamt ist festzustellen, dass die rechte Szene auch in Bayern zunehmend gewalttätig ist. Wir haben eine sehr niedrige Aufklärungsquote bei den Angriffen auf Flüchtlingsunterkünfte. Das ist durch Zahlen nachweisbar. Außerdem wird das Thema Asyl inzwischen vermehrt für menschenverachtende Aktivitäten missbraucht. Diese Fakten sind unumstritten. Darauf beruht dieser Dringlichkeitsantrag des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN.

Herr Kollege Reichhart, ich kann Ihnen nicht ganz folgen. Natürlich haben Sie recht, wenn Sie sagen, dass dieser Antrag um Forderungen zur Bekämpfung linksextremer Aktivitäten oder zur Bekämpfung des religiös motivierten Extremismus erweitert werden könnte oder müsste. Sie können aber doch nicht sagen, dass die Forderungen dieses Antrags schlecht seien, nur weil eine Seite nicht erwähnt wurde.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dann bringen Sie doch einen Antrag zur Bekämpfung anderer Formen des Extremismus‘ ein. Dann werden wir diesem Antrag auch zustimmen. Die Forderungen dieses Antrags sind doch nicht per se schlecht, weil sie sich nur auf eine Form des Extremismus‘ beziehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Ihrer Interpretation, dass mit diesem Dringlichkeitsantrag der Polizei von vornherein unterstellt werde, dass sie hier nicht hinsehe, können wir nicht folgen. Die deutsche Sprache ist eine schwere Sprache. Im Fach Deutsch gibt es Interpretationsmöglichkeiten. Wir interpretieren das in diesem Dringlichkeitsantrag nicht so. Darauf werde ich aber noch einmal zurückkommen.

In dem Dringlichkeitsantrag steht unter "I": Der Landtag stellt sich gegen jede Form von rassistisch motivierter Gewalt. - Sie haben geäußert, dass Sie sich dieser Formulierung anschließen. In diesem Satz ist jede Form von Gewalt gemeint. Und weiter: Er spricht allen, die sich davon bedroht fühlen, die volle Solidarität aus. - Ich denke, dass auch gegen diesen Satz nichts spricht. Das müssen wir unterstützen. Weiter heißt es: Er verspricht, sich uneingeschränkt für die Sicherheit der sich bedroht Fühlenden einzusetzen; und er verurteilt rassistische Stimmungsmache. - Das schließt auch andere Formen von Rassismus ein, auch wenn sie nicht explizit genannt werden.

Wir können mit der Nummer II leben, wenn wir auch nicht jedes i-Tüpfelchen unterschreiben. – Die Bekämpfung des wachsenden Rechtsextremismus‘ soll zur obersten

Priorität erhoben werden. - Oberste Priorität bedeutet nicht erste Priorität. Das können wir so mittragen.

Die Pegida soll unter Beobachtung des Landesamts für Verfassungsschutz gestellt werden. Ich denke, das ist etwas, was inzwischen fast jeder hier fordert. Sicher könnte man darüber diskutieren, ob wir landesweite Notfallpläne für jede Einrichtung brauchen. Eine solche Forderung wird von uns eher abgelehnt, weil wir nicht in allen Fällen für eine Steuerung von oben sind.

Klare Vorgaben zur Finanzierung des Personals werden bereits gemacht, sagen Sie vielleicht. Aber grundsätzlich ist nichts gegen diese Forderungen einzuwenden. Sie sind im Gegenteil zu unterstützen. In diesem Zusammenhang steht etwas von Polizei. Wenn Sie im Rahmen einer Aufgabenkritik etwas ganz kritisch hineininterpretieren wollen, möchte ich ausdrücklich sagen: Wir FREIEN WÄHLER sehen darin ganz klar keine Kritik an der Polizei. Wir sagen vielmehr, dass es momentan in vielen Zusammenhängen eine Neuverteilung der Ressourcen braucht. Wir sehen das also nicht als grundsätzliche Polizeikritik an, sondern wir danken an dieser Stelle im Gegenteil sämtlichen Polizisten, die momentan bis zum Limit ausgelastet sind und eigentlich mehr tun, als man von ihnen verlangen kann.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Der letzte Aufgabenblock ist, denke ich, von jeglicher Kritik frei; das muss man unterstützen. Im Übrigen könnte das sofort für alle Formen des Extremismus‘ gelten. Präventionsmaßnahmen sind zu intensivieren, ein Handlungskonzept ist zu erstellen, und Förderprogramme sind zu unterstützen. Das tragen wir voll mit.

Wir erinnern uns ähnlich wie der Vorredner von der SPD gerne an eine interfraktionelle Initiative gegen Rechtsextremismus in diesem Haus. Zu Beginn der letzten Legislaturperiode gab es einen Dringlichkeitsantrag für eine gemeinsame Entschließung gegen Rechtsextremismus. Die FREIEN WÄHLER haben auch immer wieder in Anträgen die wirksame Bekämpfung extremistischer Gewalttäter gefordert und sich gegen

Extremismus und für Toleranz ausgesprochen. Das Thema hat uns also immer alle beschäftigt, und dies zu Recht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich darf in diesem Zusammenhang an die Anhörung in der vorletzten Woche zur Lage gewaltbereiter islamistischer Radikalisierung erinnern. Erschreckend, aber für jemanden, der mit jungen Leuten zu tun hat, eigentlich überhaupt nicht überraschend war, dass die Experten, die bei dieser Anhörung berichtet haben, warum junge Leute von Salafisten zu diesem Gedankengut verführt werden, dieselben Ursachen genannt haben, die wir bei jeder Form von Extremismus und immer dann finden, wenn uns Menschen entgleiten. So wurde hoher Gruppendruck genannt, und es wurde ganz klar gesagt, dass Jugendliche wegen privater Probleme zu extremen Organisationen wechseln. Es waren einige Experten aus der praktischen Arbeit dabei, und es wurde ganz klar festgestellt, dass vor allem Jugendliche entweder aus extrem autoritären oder supertoleranten Familien gefährdet sind. Das fand ich eine interessante Aussage.

Insgesamt wurde darauf hingewiesen, dass es eine Gefährdung in diesem Bereich bei einer Perspektivlosigkeit von jungen Leuten oder dann gibt, wenn sie Diskriminierung erfahren. In allen Aussagen der Experten war zu hören, dass es um Emotionales geht und Leute gerade in der emotionalen Phase des Erwachsenwerdens zu jeder Form von Extremismus verführt werden können. Solche Untersuchungen gibt es auch im Zusammenhang mit dem Rechtsextremismus.

Das sollte uns vor dem Hintergrund dieses Antrages zu denken geben. Die Wurzeln liegen in der Familie, in der Schule und in der Gesellschaft. Deswegen unterstützen wir den Antrag, auch wenn er nur einen Teilbereich des Extremismus‘ betrifft.

(Jürgen W. Heike (CSU): Das ist zu kurz gesprungen!)

– Dann springen Sie doch weiter, wenn Sie das draufhaben. Das ist überhaupt kein Problem.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die Sensibilität hat in diesem Bereich noch großes Steigerungspotenzial.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, kommen Sie bitte für eine Zwischenbemerkung des Kollegen Zellmeier ans Rednerpult zurück.

Josef Zellmeier (CSU): Frau Kollegin Gottstein, habe ich Sie recht verstanden, dass Sie angeregt haben, in Nummer I Absatz 1 die Worte "Androhung rechtsextrem bzw. rassistisch motivierter Gewalt" durch "Androhung extremistischer Gewalt" zu ersetzen? Habe ich Sie da richtig verstanden?

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Ich habe den Antrag nicht vor mir. Aber ich habe gesagt, man könnte das erweitern.

Josef Zellmeier (CSU): Im ersten Absatz heißt es "gegen jede Form und Androhung rechtsextrem bzw. rassistisch motivierter Gewalt." Im ersten Teil wird aber die Thematik noch mehrfach ausgeführt. Wenn Sie meinem Vorschlag zustimmen, könnten wir mit dem ersten Teil mitgehen, wenn es hieße "Androhung extremistisch motivierter Gewalt."

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Das ist aber doch nicht unser Antrag, Herr Kollege Zellmeier.

Josef Zellmeier (CSU): Ich frage Sie, ob das ein Änderungsvorschlag wäre, den die GRÜNEN aufnehmen sollen. Wenn sie das nämlich tun würden, könnten wir mitgehen.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Vielleicht wollen Sie es den GRÜNEN auf diese Weise über die FREIEN WÄHLER mitteilen.

(Allgemeine Heiterkeit)

Wir haben ganz klar gesagt, dass wir eine Erweiterung bevorzugen, weil wir meinen, dass es in vielen Bereichen, auch in diesem, Extremismus gibt. Natürlich ist er wegen der Asylproblematik gerade wieder sehr greifbar. Wir stimmen diesem Antrag zu. Einem weitergehenden Antrag würden wir natürlich noch lieber zustimmen.

(Jürgen W. Heike (CSU): Was soll denn das?)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Ich darf mich hier einmal einmischen; ich denke, das dient der Sache. Ich bitte darum, dass sich die Fraktionen untereinander verständigen, ob es aufgrund dessen, was jetzt vom Kollegen Zellmeier vorgeschlagen worden ist, eventuell zu einer Einigung kommen könnte. Ich bitte wirklich, sich hier abzustimmen. Ich denke, man sollte auch als Präsidentin einmal deutlich machen, dass es schön wäre, wenn man gerade bei dieser Problematik eine Einigung finden würde.

Ich fahre in der Rednerliste fort. – Jetzt hat der Herr Staatsminister das Wort. Herr Staatsminister, bitte.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Zahl der Gewaltdelikte gegen Asylbewerber und deren Unterkünfte steigt. Gleichzeitig nehmen die Sorgen und Ängste in der Bevölkerung angesichts des nicht enden wollenden Flüchtlingsstroms zu. Die Extremisten versuchen, diese Situation auszunutzen und ihre rassistischen und fremdenfeindlichen Thesen unters Volk zu bringen. Jeder Angriff auf Flüchtlinge oder ihre Unterkünfte ist einer zu viel.

Hier gibt es auch vonseiten der bayerischen Sicherheitsbehörden keinerlei Toleranz. Wir müssen konsequent gegen jede Art von Gewalt vorgehen. Ich darf darauf hinwei-

sen, dass nach dem Lagebild, das das Bundeskriminalamt am 9. Oktober vorgestellt hat, im Laufe dieses Jahres 2015 bislang in Nordrhein-Westfalen 121 solche Angriffe vom BKA vermerkt wurden, in Sachsen 57, in Niedersachsen 36 und in Bayern 34. Wir wissen noch nicht, wie es in diesem Jahr weitergeht. Aber ich darf schon allein anhand dieser Zahlen wieder einmal feststellen: Wir gehen konsequent vor, und jeder Anschlag ist einer zu viel. Aber es gibt ganz offensichtlich jedenfalls keine demokratische politische Kraft in Deutschland, die für sich in Anspruch nehmen könnte, dass es dort, wo sie regiert, weniger rechtsextremistische Gewalt gäbe als bei uns. Ich sage das bewusst sehr defensiv.

Der Eindruck, der insbesondere vonseiten der GRÜNEN-Fraktion hin und wieder erweckt wird, als wäre in Bayern besonders viel in dieser Richtung zu beobachten – heute war es einigermaßen erträglich –, ist nach den bundesweiten Feststellungen eindeutig falsch. Meine Damen und Herren, ich bin in der Tat – das habe ich bei der Debatte über den letzten Antrag schon deutlich gemacht – stolz darauf, wie viel Hilfsbereitschaft gegenüber Flüchtlingen wir in unserem Land erleben. Deshalb stimmen wir darin überein, dass Hilfsbereitschaft auf keinen Fall von Rechtsextremisten eingeschüchtert werden darf.Es darf im Land nicht zu einer solchen Stimmung kommen, dass sich niemand mehr traut, Flüchtlingen zu helfen, weil er Angst vor Bedrohungen durch Rechtsextremisten haben muss. Das ist ein Beispiel, wie Extremisten Angst verbreiten können, ganz abgesehen von der Angst, die bei den Flüchtlingen selbst entsteht.

Ich wiederhole es ausdrücklich – das sage ich nicht nur hier, sondern auch bei vielen Gelegenheiten draußen im Land –: Ja, wir führen eine intensive Debatte darüber, wie es mit der Flüchtlingsentwicklung in unserem Land weitergehen soll; vorhin haben wir erneut darüber gesprochen. Das ändert nichts daran, dass jeder einzelne Mensch, solange er hier ist, Anspruch auf Schutz seiner Integrität hat. Auch dessen Menschwürde ist unantastbar. Dies gilt selbst dann, wenn er sich unrechtmäßig in unserem Land auf-

hält und wir zu dem Ergebnis kommen, dass er unser Land wieder verlassen muss. Das ist es, was alle Demokraten in unserem Land verbindet.

(Beifall bei der CSU, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Vor diesem Hintergrund ist es in der Tat wichtig, dass unseren Ermittlungsbehörden jüngst ein wichtiger Schlag gegen Rechtsextremisten in Oberfranken und Mittelfranken gelungen ist. Bei Durchsuchungen von zwölf Objekten wurden eine Schusswaffe und weitere gefährliche Gegenstände gefunden. Gegen drei Personen wurden Haftbefehle vollstreckt. Wir ordnen die Gruppe eindeutig der rechtsextremen Szene zu, weil mehrere Beteiligte schon aus anderen rechtsextremistischen Zusammenhängen amtsbekannt sind.

Die jüngste Aktion zeigt, dass wir – wie schon bei unserem Vorgehen gegen das "Freie Netz Süd" – konsequent mit allen rechtsstaatlichen Mitteln gegen Rechtsextremisten und deren menschenverachtendes Gedankengut vorgehen.

Daneben treffen die Sicherheitsbehörden routinemäßig alle erforderlichen Maßnahmen bei Vorliegen von Gefährdungserkenntnissen für Asylbewerberunterkünfte, andere Einrichtungen und bedrohte Personen. Diese Vorkehrungen werden laufend überprüft und der aktuellen Lage angepasst.

Vor dem Hintergrund der Mordserie der rechtsextremistischen Terrorzelle NSU, über die wir hier im Landtag in Untersuchungsausschüssen, aber auch in Plenardebatten wiederholt gesprochen haben, ist für die bayerische Polizei ein neues Gesamtkonzept zur Intensivierung der Bekämpfung des Rechtsextremismus‘ erarbeitet worden. Es umfasst neben organisatorischen Aspekten wie der Bildung von Kommissariaten "Operativer Staatsschutz" bei den Kriminalpolizeiinspektionen mit Zentralaufgaben auch verbesserte Ermittlungsansätze sowie eine Reihe von Einzelmaßnahmen.

In der Frage, wie rechtsextremistische Gruppierungen wirksam verboten werden, gehen wir konsequent voran. Insoweit braucht sicherlich keine Behörde in Bayern

Nachhilfeunterricht. Aber darüber will ich mich jetzt nicht weiter verbreiten. In der vergangenen Woche ist unser Verbot des "Freien Netzes Süd" vom Bayerischen Verwaltungsgerichtshof erfreulicherweise bestätigt worden. Das ist ein wichtiges Zeichen. Wir hatten es uns in der Tat nicht leicht gemacht. Daraufhin hörten wir wieder den Vorwurf, dass es hätte schneller gehen können.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

In der heutigen Zeit wird gegen solche Verbotsverfügungen regelmäßig vorgegangen, das heißt, sie werden intensiv gerichtlich überprüft. Schon deshalb müssen wir darauf achten, dass die Verbotsverfügungen absolut gerichtsfest sind. Nichts wäre für unseren demokratischen Rechtsstaat peinlicher, als wenn aus irgendwelchen formalen Gründen oder wegen Verfahrensfehlern eine Verbotsverfügung aufgehoben würde.

Die Gruppierungen DIE RECHTE und Der III. Weg agieren im Unterschied zum "Freien Netz Süd" eindeutig bundesweit. Je nachdem, ob man sie als Parteien oder als Vereine qualifiziert, wäre für ein Verbot das Bundesverfassungsgericht oder das Bundesinnenministerium zuständig. Es ist sicherlich jedem zur Genüge bekannt, dass ein Parteiverbotsverfahren nicht einfach ist. Auch insoweit dürfen keine Schnellschüsse abgefeuert werden. Qualität und planvolles Vorgehen sind gefragt. Die Sicherheitsbehörden auf bayerischer Seite arbeiten eng mit denen der anderen Länder und des Bundes zusammen.

Meine Damen und Herren, es ist aber offenkundig, dass die Gruppierungen DIE RECHTE und Der III. Weg sich auch deswegen des Mantels einer politischen Partei bedienen, um ein Verbot zu erschweren. Deshalb sage ich an dieser Stelle einmal mehr: Ich hoffe sehr, dass sich das Bundesverfassungsgericht in dem anhängigen Verfahren zum Verbot der NPD dessen bewusst ist, dass nicht aus rein formalen Gründen zu hohe Hürden für ein Parteiverbotsverfahren in der Bundesrepublik Deutschland aufgerichtet werden sollten. Es ist offenkundig, dass sich weitere extremistische Gruppierungen formal des Mantels einer politischen Partei bedienen wollen,

nur um ihrem späteren Verbot entgegenzuwirken. Dessen muss sich jeder bewusst sein.

Angesichts der Erfahrungen aus der Weimarer Republik ist es gut, dass man in der Bundesrepublik Deutschland eine Partei nicht mir nichts, dir nichts verbieten kann. Das ist demokratischer Grundkonsens. Die hohen Hürden dürfen jedoch nicht dazu führen, dass extremistische Gruppierungen einen Freibrief bekommen. Wir haben gemeinsam das NPD-Verbotsverfahren in Karlsruhe vorangebracht. Ich hoffe nach wie vor, dass es zum Erfolg führt.

Schließlich ein Wort zum Thema Pegida! Pegida ist, bundesweit betrachtet, immer noch eine sehr inhomogene Gruppierung. Die bayerischen Ableger und deren Akteure haben wir schon seit einem Jahr, als hier die ersten Demonstrationen stattfanden, im Blick.

Aktuell werden von den uns bekannten vier Pegida-Gruppierungen in Bayern drei vom Verfassungsschutz beobachtet: Nügida – schon länger, weil dort die rechtsextremistischen Bezüge mehr oder minder von Anfang an offenkundig waren –, Pegida Franken und Pegida München e. V. Bei Letzteren geht die Beobachtung auf eine Entscheidung des Landesamtes für Verfassungsschutz nach dem vergangenen Wochenende zurück. Es drängt sich nämlich der Eindruck auf, dass jedenfalls einige, vor allem Personen, die in der Führung zugange sind, rechtsextremistische Bezüge haben könnten; wir behaupten das nicht von allen, die dort mitmarschieren. Um dies näher zu eruieren, müssen sie sorgfältig beobachtet werden.

Drei dieser Gruppierungen in Bayern stehen unter der Beobachtung des Verfassungsschutzes. Damit tun wir auf diesem Gebiet schon heute eindeutig mehr als andere Bundesländer.

In einem Antrag ist die Frage aufgeworfen worden, wie es mit dem Personal aussieht, das mit der Bewachung von Asylbewerberunterkünften in Bayern beauftragt ist. Wir schauen uns dieses Personal schon seit Langem genau an. So besteht seit über

einem Jahr das Angebot an die für die Unterbringung der Flüchtlinge zuständigen Behörden, das für die Bewachung der Unterkünfte vorgesehene Personal vor dem Einsatz von der Polizei und dem Verfassungsschutz auf einen möglichen extremistischen Hintergrund überprüfen zu lassen. Seit dem Jahr 2014 wurden durch das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz über 4.000 solcher Anfragen bearbeitet.

Es muss unser gemeinsames Anliegen sein, dass Flüchtlinge, die in den Asylbewerberunterkünften in unserem Land leben, dort nicht mit ausländerfeindlichen Extremisten als Bewachungspersonen oder Mitarbeiter konfrontiert werden. Dies muss unabhängig davon gelten, wie später die Entscheidung über den Verbleib ausfällt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, angesichts der Herausforderungen, vor denen wir im extremistischen Bereich stehen, ist es wichtig, dass wir die Polizei und den Verfassungsschutz auch personell stärken.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich bedanke mich ausdrücklich dafür, dass die Staatsregierung – inzwischen hat auch der Haushaltsausschuss des Landtags zugestimmt – 580 Stellen für die Polizei und noch einmal 62 für das Landesamt für Verfassungsschutz in den Nachtragshaushalt für das kommende Jahr eingestellt hat. Wir brauchen diese personelle Verstärkung dringend.

Meine Damen und Herren, ich will Folgendes unterstreichen: Ja, die Bekämpfung des Rechtsextremismus‘ hat oberste Priorität. Diese Aussage darf aber nicht so verstanden werden, dass dies allein hohe Priorität habe. Ebenso hohe Priorität hat die Bekämpfung des islamistischen Terrorismus‘. Wenn man die Aussage so versteht, ist es okay. Falls der Eindruck erweckt würde, der Rechtsextremismus allein sei das Gefährlichste und alles andere komme erst danach, dann wäre das sicherheitspolitisch eine

grobe Verirrung. Wir sind natürlich immer mit dem, was im Moment passiert, am meisten konfrontiert.

Ich darf daran erinnern, dass wir alle zu Beginn des Jahres 2015 über die fürchterlichen islamistischen Anschläge in Paris und Kopenhagen betroffen waren. Über Wochen stand dann die Gefahr von islamistischen Anschlägen im Vordergrund der Berichterstattung durch die Medien. Wir dürfen jedoch ordentliche, seriöse Sicherheitsarbeit nicht nur an den momentanen Zeitungsschlagzeilen orientieren. Letztlich ist die Gefahr von islamistischen Anschlägen heute, im Oktober 2015, nicht geringer, als sie es im Januar war. Ähnlich ist es mit dem Rechtsextremismus. Wir müssen aber klar feststellen, dass wir auch angesichts der emotionalen Betroffenheit die Gefahr von rechtsextremistischen Anschlägen heute eher noch höher einschätzen, als wir es zu Beginn dieses Jahres getan haben.

Meine Damen und Herren, aus all dem ergibt sich, dass die bayerischen Sicherheitsbehörden das Thema "Kampf gegen den Rechtsextremismus" fest im Blick haben. Ich kann Ihnen versichern, dass wir diesen Weg unbeirrt weitergehen und dass wir uns mit allen rechtsstaatlichen Mitteln gegen Extremisten – wohlgemerkt – jeder Ausrichtung zur Wehr setzen; denn das ist die Aufgabe einer wehrhaften Demokratie: keine falsche Toleranz gegenüber fanatischer Intoleranz. Das ist letztendlich auch die Lehre aus der deutschen Geschichte, aus der Katastrophe des Nationalsozialismus‘: Wenn die Toleranten zu lange tolerant sind gegenüber den fanatisch Intoleranten – Sie haben das mit anderen Worten auch angesprochen, Herr Kollege Rabenstein –, dann kann der Tag kommen, wo die Intoleranten die Macht übernehmen und die Toleranten gar nichts mehr zu sagen haben. So etwas wollen wir nie wieder in Deutschland erleben, weder mit Neonazis noch mit Kommunisten noch mit Islamisten. Dem fühlen wir uns verpflichtet, und dafür werden wir weiterarbeiten.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Ist das eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung, Herr Kollege Freller?

(Karl Freller (CSU): Nein, eine Wortmeldung!)

– Gut. Danke. - Vielen Dank, Herr Staatsminister. Ich fahre mit den Wortmeldungen fort. Das Wort hat Frau Kollegin Schulze. Bitte schön, Frau Kollegin.

Katharina Schulze (GRÜNE): Liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Herr Herrmann! Ich bin seit zwei Jahren im Bayerischen Landtag. Ich habe mich ja schon sportlich angepasst an die reflexhafte Links-Rechts-Gegenüberstellung, die immer mal wieder von den CSU-Kolleginnen und -Kollegen kommt.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Das ist nicht gerade ein Versuch zur Einigung! Schade!)

Ich bin immer gerne bereit, klar zu erklären, dass wir GRÜNEN uns gegen jegliche Form von Extremismus und Gewalt stellen, dass wir natürlich islamistischen Extremismus genauso wie Linksextremismus ablehnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das zur Klarstellung, damit es alle gehört haben. Aber Politik hat doch die Aufgabe, auf die Ereignisse zu reagieren, die gerade im Land von großer Bedeutung sind. Schauen wir uns die Zahlen an. Sie wurden sowohl vom Herrn Innenminister als auch von den anderen Rednerinnen und Rednern mehrfach genannt. Das BKA warnt davor, dass rechtsextreme Übergriffe zunehmen. Die Zahlen des Innenministeriums besagen, dass die Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte zunehmen, dass die Hasskriminalität von Rechts zunimmt, dass immer mehr Menschen von rechter Gewalt betroffen sind. Das ist im Moment die Realität in Bayern.

Darum finde ich, es wäre das Allermindeste, dass dieser Bayerische Landtag gegen Rechtsextremismus und Rassismus ein klares Zeichen setzt.

(Beifall bei den GRÜNEN – Jürgen W. Heike (CSU): Und gegen Links! – Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Und gegen Links!)

- Entschuldigung. Ich bemühe mich gerade, das sachlich und allumfassend irgendwie zusammenzuführen. Ich weiß nicht, ob Sie meiner Argumentation nicht folgen wollen. Ich hatte ganz am Anfang meines Redebeitrags gesagt, dass wir GRÜNEN natürlich jegliche Form der Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung ablehnen.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Dann schreiben Sie das doch in den Antrag rein!)

- Moment mal, darf ich kurz ausreden? Der Punkt ist doch der: Wenn im Moment die größere Gefahr vom Rechtsextremismus ausgeht, wenn wir Rechtsterrorismus in unserem Land haben – ich finde, das muss man einfach so benennen –, dann sollten wir das nicht verwässern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dann können wir doch alle gemeinsam ein deutliches Zeichen gegen Rechts setzen. Ich habe extra gesagt, ich will, dass über den Antrag in zwei Teilen abgestimmt wird. Ich kann nachvollziehen, dass Sie bei manchen unserer Forderungen in Teil I denken, das muss man anders diskutieren, das muss man anders sehen.

Mir geht es jetzt um den ersten Teil. Egal wie ich ihn drehe und wende, ich habe ihn x-mal gelesen und geschrieben, aber ich kann nicht sehen, warum man als CSU-Fraktion nicht auch sagen kann: Ja, das ist richtig, wir als Bayerischer Landtag verurteilen Rassismus, wir verurteilen Rechtsextremismus, und wir werden die Menschen in Bayern bestmöglich davor schützen. Das ist die Botschaft, die das Hohe Haus heute aufgrund der aktuellen Lage aussenden sollte. Da bitte ich Sie um Zustimmung.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN – Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Schade! Verschenkte Worte!)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Zellmeier hat das Wort.

Josef Zellmeier (CSU): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es sehr schade, dass Kollegin Schulze und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht einen Millimeter von ihrer Position abrücken und bereit sind, Extremismus allgemein zu verurteilen.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Das habe ich doch gerade gesagt!)

- Ja, aber nicht schriftlich. Mündlich gibt es immer wieder Erklärungen. Aber wenn es schriftlich werden soll, könnte sich ja ein Teil Ihrer Klientel abgeschreckt fühlen.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Das ist doch lächerlich!)

Kolleginnen und Kollegen, es ist bitter. Ich habe Frau Schulze vorgeschlagen, das Wort "linksextremistisch" nicht zu verwenden, das Wort "islamistisch" nicht zu verwenden, sondern einfach nur in Absatz 1 einzufügen: "…stellt sich der Landtag mit aller Entschiedenheit gegen jede Form und Androhung extremistischer, insbesondere rechtsextremer bzw. rassistisch motivierter Gewalt". Nicht einmal dazu sind die GRÜNEN bereit. Das ist sehr bitter. Eines muss man wissen, das hören Sie wohl nicht gerne: Sehr viele Gewalttaten bei rechtsextremen Demonstrationen gehen von linksextremistischen Gegendemonstranten aus. Denken Sie nur an die Polizeibeamtin aus Bayern, die in Hamburg von Linksextremisten schwerstens verletzt wurde, die sechs Wochen im Koma lag. Das waren nicht die Rechtsextremen, sondern die Linksextremen. Wenn es die Rechten gewesen wären, wäre es natürlich genauso schlimm. Aber Sie scheuen sich in jeder Art und Weise, auch nur im Entferntesten Extremismus allgemein zu verurteilen. Das ist bitter, weil von linksextremistisch und islamistisch nicht einmal die Rede wäre.

Gehen Sie noch einmal in sich. Wenn Sie es nicht tun, werden wir den Antrag ablehnen; denn so können wir nicht miteinander arbeiten.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. - Jetzt hat Herr Kollege Freller das Wort. Herr Kollege Freller, bitte.

Karl Freller (CSU): Frau Präsidentin, Hohes Haus! Ich habe in diesem Antrag der GRÜNEN eine Reihe von Sätzen gefunden, die ich ohne Weiteres und jederzeit unterschreiben würde. Eine klare Ablehnung von Rechtsextremismus, von Pegida und vieles mehr eint uns in diesem Hause.

Uns muss aber noch mehr einen in diesem Hause. Ich bin dem Kollegen Rabenstein außerordentlich dankbar. Herr Kollege, das war für mich eine schon fast ergreifende Rede, die Sie gehalten haben. Sie haben nämlich beschrieben, wie wichtig es ist, dass demokratische Parteien zusammenhalten, wenn es darum geht, alles, was extremistisch auf dieser Welt ist, abzuwehren.

Wir müssen uns über eines klar sein. Vor allem auch aus unzähligen Gesprächen, die ich in den letzten Jahren mit Überlebenden des Holocaust und anderen hatte, habe ich eine Lehre gezogen: Es war extremistisches Denken von verschiedensten Seiten, das diese Welt an den Rand des Abgrunds gebracht hat. Wir haben im letzten Jahrhundert so viel Extremismus von allen Seiten erlebt, dass er diese Welt fast zerstört hätte. Ich sage Ihnen als Vater von drei Kindern, dass ich für die Zukunft meiner Kinder in Sorge bin, dass extremistisches Denken – entweder politisch genährt oder religiös genährt oder weltanschaulich genährt – die Probleme bereitet, die vielleicht die nächste Generation nicht mehr lösen kann.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der SPD)

Diese Sorge treibt mich um. Herr Rabenstein, es war wirklich ein gutes Miteinander auch in der letzten Periode. Sie haben es völlig zu Recht geschildert, Sie waren in der Tat der maßgebliche Antragsteller für das NPD-Verbot, wo in der Folge dann tatsächlich die bayerische Haltung federführend wurde. Das hat uns zusammengeführt, und eine Reihe weiterer Punkte genauso.

Heute hätte ich den großen Wunsch an die GRÜNEN; es besteht eine riesige Chance. Wir haben uns auch innerhalb der Fraktion gesagt, wenn man den Antrag trennt, sind die kritischen Forderungen draußen. Es fehlt ein kleines Wörtchen, und zwar ist nur das Wort "extremistisch" mit einzufügen. Wenn ihr nicht öffentlich bekennt, dass ihr gegen Extremismus jeder Art seid, wird auch der Kampf gegen Rechtsextremismus unglaubwürdig. Das ist meine feste Überzeugung.

(Beifall bei der CSU)

Man kann nicht nur einen Extremismus bekämpfen. Man muss allen extremen Gedanken wehren. Es mag sein, dass einmal der eine, dann wieder der andere Extremismus stärker im Vordergrund steht. Zur Zeit der RAF ist sehr stark der linke Extremismus im Vordergrund gestanden. Vielleicht hat man da zu wenig auf den rechten Extremismus geachtet, so sage ich selbstkritisch. Jetzt ist es umgekehrt. Im Moment ist der Rechtsextremismus im Vordergrund, aber man darf auch den Linksextremismus, vor allem auch den religiös motivierten Extremismus nicht außer Acht lassen.

Lassen Sie uns das reinschreiben. Es wäre eine Sternstunde dieses Landtages, wenn die vier Fraktionen dem Antrag der GRÜNEN zustimmen würden. Das wäre meine Bitte als Demokrat und in der Funktion als Direktor einer Stiftung, deren Aufgabe es ist, das Gedenken der vielen Millionen Opfer des Holocausts des vergangenen Jahrhunderts zu wahren.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege Freller. - Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Aussprache ist geschlossen. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat soeben beantragt, über die beiden Nummern ihres Dringlichkeitsantrags getrennt abzustimmen. Wird der Änderungsantrag aufrechterhalten?

(Josef Zellmeier (CSU): Meines Wissens müssten die GRÜNEN ihn übernehmen! Wir können das nicht ändern!)

– Ja, genau. Bekomme ich eine Botschaft vonseiten der GRÜNEN?

(Thomas Gehring (GRÜNE): Nein!)

– Ich bekomme keine Botschaft. Gut.

Es ist also getrennte Abstimmung beantragt worden. Wer der Nummer I des Dringlichkeitsantrags seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD, FREIE WÄHLER, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist die Nummer I dieses Dringlichkeitsantrags abgelehnt.

Ich lasse jetzt über die Nummer II abstimmen. Wer der Nummer II des Dringlichkeitsantrags seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die SPD, die Fraktion der FREIEN WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Die CSU-Fraktion und eine Gegenstimme aus den Reihen der FREIEN WÄHLER. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Teil des Dringlichkeitsantrags abgelehnt.

Ich gebe noch bekannt: Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/8684 bis 17/8690 und auf der Drucksache 17/8696 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.